

## **UWA-Fraktion im Gemeinderat von Auenwald**

### **Antrag**

### **Zu TOP Verschiedenes in der GR-Sitzung vom 16.9.2013**

#### **Unterbringung von Flüchtlingen aus dem Bürgerkriegsland Syrien**

Wir gehen davon aus, dass bislang keine offizielle Anfrage des Landkreises vorliegt, in der Gemeinde Flüchtlingsfamilien aus Syrien unterzubringen. Das vom Bund vor kurzem zugesagte Kontingent zur Aufnahme von 5000 Flüchtlingen für ganz Deutschland halten wir in Anbetracht von 2 Millionen Flüchtlingen vor allem in Sammellagern der Nachbarländer Türkei, Libanon, und Jordanien, für ein reiches Land wie Deutschland für einen „Tropfen auf den heißen Stein“. Wir halten es deshalb für den mit Sicherheit zu erwartenden Fall, dass wesentlich mehr Flüchtlingen als den zugesagten 5000 eine ‚zeitlich begrenzte Unterkunft‘ zur Verfügung gestellt werden muss, für erforderlich, dass sich auch die Kommunen –so wie Auenwald- daran beteiligen.

Wir sollten dem Landkreis bereits jetzt signalisieren, dass in Auenwald eine grundsätzliche Bereitschaft besteht, eine unserer Größe entsprechende Zahl von etwa 2-4 Familien eine menschenwürdige Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Wir halten dies für ein Gebot der Menschlichkeit und als eine Geste der Solidarität mit Menschen, die unverschuldet in diesen zerstörerischen und mörderischen Bürgerkrieg geraten sind.

Die Verwaltung wird deshalb um folgendes gebeten:

1. Zu ermitteln, wie viel Wohnraum für welche Personenzahl in öffentlichen Wohngebäuden im Augenblick verfügbar ist.
2. Bei Fehlanzeige zu ermitteln, unter welchem Kostenaufwand kurzfristig neuer geeigneter Wohnraum geschaffen werden kann.
3. Falls erforderlich sollte an die Bevölkerung in einem schriftlichen Aufruf über das Gemeindeblatt appelliert werden, leerstehenden Wohnraum selbstverständlich gegen Kostenerstattung der Gemeinde für obigen Zweck zur Verfügung zu stellen.
4. Dem Gemeinderat bzw. den Fraktionssprechern (Ältestenrat) kurzfristig über diese Recherchen zu informieren und gemeinsam weitere Schritte zu beraten.

Wir gehen davon aus, dass durch Bund, Land oder andere überregionale Träger der öffentlichen Hand eine entsprechende Kostenerstattung erfolgt.

Wir halten im Übrigen eine separate Unterbringung von Bürgerkriegs-Familien in einem intakten sozialen Umfeld einer ländlichen Gemeinde für sinnvoller als in Massen-Sammelunterkünften, bei denen es zu neuen Konflikten von zerstrittenen Bürgerkriegsparteien kommen könnte.

Für die Fraktion der Unabhängigen Wählergemeinschaft

Dr. Rudolf Weiß  
(komm. Fraktionssprecher)